



# **BUNDESGERICHTSHOF**

## **BESCHLUSS**

AnwZ (Brg) 57/17

vom

30. November 2018

in der verwaltungsrechtlichen Anwaltssache

wegen Widerrufs der Zulassung zur Rechtsanwaltschaft

ECLI:DE:BGH:2018:301118BANWZ.BRFG.57.17.0

Der Bundesgerichtshof, Senat für Anwaltssachen, hat durch den Vorsitzenden Richter Prof. Dr. Kayser, die Richterin Lohmann, den Richter Bellay sowie die Rechtsanwälte Dr. Kau und Dr. Lauer

am 30. November 2018

beschlossen:

Der Antrag des Klägers auf Zulassung der Berufung gegen das Urteil des 1. Senats des Anwaltsgerichtshofs für das Land Nordrhein-Westfalen vom 30. Juni 2017 wird abgelehnt.

Der Kläger trägt die Kosten des Zulassungsverfahrens.

Der Wert des Zulassungsverfahrens wird auf 50.000 € festgesetzt.

#### Gründe:

##### I.

- 1 Der 1942 geborene Kläger ist seit 1976 zur Rechtsanwaltschaft zugelassen. Mit Bescheid vom 6. Oktober 2016 widerrief die Beklagte die Zulassung des Klägers zur Rechtsanwaltschaft wegen Vermögensverfalls (§ 14 Abs. 2 Nr. 7 BRAO). Die Klage des Klägers gegen diesen Bescheid ist erfolglos geblieben. Nunmehr beantragt der Kläger die Zulassung der Berufung gegen das Urteil des Anwaltsgerichtshofs.

II.

2           Der Antrag des Klägers ist nach § 112e Satz 2 BRAO, § 124a Abs. 4  
VwGO statthaft und auch im Übrigen zulässig. Er bleibt in der Sache jedoch  
ohne Erfolg.

3           1. Ernstliche Zweifel an der Richtigkeit der angefochtenen Entscheidung  
(§ 112e Satz 2 BRAO, § 124 Abs. 2 Nr. 1 VwGO) bestehen nicht. Dieser Zulas-  
sungsgrund setzt voraus, dass ein einzelner tragender Rechtssatz oder eine  
erhebliche Tatsachenfeststellung mit schlüssigen Argumenten in Frage gestellt  
wird (BGH, Beschlüsse vom 29. Dezember 2016 - AnwZ (Brfg) 36/16, juris  
Rn. 3 mwN; vom 15. Dezember 2017 - AnwZ (Brfg) 11/17, juris Rn. 3). Daran  
fehlt es hier. Das Urteil des Anwaltsgerichtshofs steht im Einklang mit der  
Rechtsprechung des erkennenden Senats.

4           a) Für die Beurteilung der Rechtmäßigkeit des Widerrufs einer Zulassung  
zur Rechtsanwaltschaft ist nach der Rechtsprechung des Senats allein auf den  
Zeitpunkt des Abschlusses des behördlichen Widerrufsverfahrens, also auf den  
Erlass des Widerspruchsbescheids oder - wenn das nach neuem Recht grund-  
sätzlich vorgeschriebene Vorverfahren entbehrlich ist - auf den Ausspruch der  
Widerrufsverfügung abzustellen; die Beurteilung danach eingetretener Entwick-  
lungen ist einem Wiederzulassungsverfahren vorbehalten (vgl. nur Beschlüsse  
vom 29. Juni 2011 - AnwZ (Brfg) 11/10, BGHZ 190, 187 Rn. 9 ff.; vom 10. März  
2014 - AnwZ (Brfg) 77/13, juris Rn. 3; vom 20. Mai 2015 - AnwZ (Brfg) 7/15,  
juris Rn. 5).

5           Die Begründung des Zulassungsantrags gibt keine Veranlassung zu  
einer Überprüfung der ständigen Rechtsprechung des Senats. Aus verfas-

sungsrechtlicher Sicht ist ein Hinausschieben des Zeitpunkts der Beurteilung einer Widerrufsverfügung nicht geboten. Dass der Rechtsanwalt bei nachträglichen Entwicklungen auf ein Wiedenzulassungsverfahren verwiesen wird, führt nicht zu unverhältnismäßigen Ergebnissen und verstößt auch nicht gegen die nach Art. 12 Abs. 1 GG garantierte Freiheit der Berufswahl. Die beruflichen Nachteile, die einem Rechtsanwalt durch den Verweis auf ein erneutes Zulassungsverfahren entstehen, sind vergleichsweise gering, denn der Rechtsanwalt hat bei nachträglichem Wegfall des Widerrufsgrundes einen Anspruch auf sofortige Wiedenzulassung und kann jederzeit einen entsprechenden Antrag stellen (vgl. BGH, Beschluss vom 20. November 2017 - AnwZ (Brfg) 42/17, juris Rn. 5 mwN).

- 6            b) Ein Vermögensverfall liegt vor, wenn der Rechtsanwalt in ungeordnete, schlechte finanzielle Verhältnisse geraten ist, die er in absehbarer Zeit nicht ordnen kann, und außerstande ist, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Beweisanzeichen hierfür sind Schuldtitel und Vollstreckungsmaßnahmen, die sich gegen den Rechtsanwalt richten (BGH, Beschlüsse vom 8. Dezember 2010 - AnwZ (B) 119/09, juris Rn. 12; vom 29. Juni 2011 - AnwZ (Brfg) 11/10, BGHZ 190, 187 Rn. 4; vom 20. Dezember 2013 - AnwZ (Brfg) 40/13, juris Rn. 4; vom 15. Dezember 2017 - AnwZ (Brfg) 11/17, juris Rn. 4). Gibt es Beweisanzeichen wie offene Forderungen, Titel und Zwangsvollstreckungsmaßnahmen, welche den Schluss auf den Eintritt des Vermögensverfalls zulassen, kann der betroffene Rechtsanwalt diesen Schluss nur dadurch entkräften, dass er umfassend darlegt, welche Forderungen im maßgeblichen Zeitpunkt des Widerrufsbescheides gegen ihn bestanden und wie er sie - bezogen auf diesen Zeitpunkt - zurückführen oder anderweitig regulieren wollte (BGH, Urteil vom 9. Februar 2015 - AnwZ (Brfg) 51/13, juris Rn. 14).

- 7 Zum maßgeblichen Zeitpunkt des Widerrufsbescheids vom 6. Oktober 2016 hat sich der Kläger in Vermögensverfall befunden. Zu diesem Zeitpunkt erfolgten gegen ihn Zwangsvollstreckungsmaßnahmen wegen offener Darlehensverbindlichkeiten in Höhe von 384.000 Euro in zwei in seinem Eigentum stehende Immobilien. Nach dem Vorbringen des Klägers konnte er die Kreditverbindlichkeiten nicht ohne die Veräußerung der Immobilien tilgen. Deren Verkauf hatte er bereits mit Schreiben vom 25. Februar 2015 angekündigt, ohne dass sie jedoch verkauft worden sind.
- 8 In ständiger Rechtsprechung geht der Senat von einer Tatbestandswirkung der Titel und Zwangsvollstreckungsmaßnahmen aus (vgl. BGH, Beschluss vom 5. September 2016 - AnwZ (Brfg) 39/15, juris Rn. 16 mwN). Im Widerrufsverfahren nach § 14 Abs. 2 Nr. 7 BRAO werden Titel und Vollstreckungsmaßnahmen nicht auf ihre inhaltliche und verfahrensrechtliche Richtigkeit überprüft. Behauptete Fehler sind in den jeweils vorgesehenen Verfahren geltend zu machen.
- 9 c) Mit dem Vermögensverfall eines Rechtsanwalts ist nach der in § 14 Abs. 2 Nr. 7 BRAO zum Ausdruck gekommenen Wertung des Gesetzgebers grundsätzlich eine Gefährdung der Interessen der Rechtssuchenden verbunden. Die Annahme ist regelmäßig schon im Hinblick auf den Umgang des Rechtsanwalts mit Fremdgeldern und den darauf möglichen Zugriff von Gläubigern gerechtfertigt (st. Rspr.; vgl. nur BGH, Beschluss vom 29. Dezember 2016 - AnwZ (Brfg) 53/16, juris Rn. 15 f., AnwBl. 2017, 327 mwN). Tragfähige Anhaltspunkte dafür, dass eine solche Gefährdung zum maßgeblichen Zeitpunkt der Widerrufsentscheidung ausnahmsweise nicht bestand, sind weder vorgebracht noch ersichtlich. Allein die Behauptung des Klägers, dass er in jahrzehntelanger Berufspraxis ohne konkrete Gefährdung von Fremdgeldern als

Rechtsanwalt tätig gewesen ist und nunmehr in der Lage ist, seine Gläubiger zu befriedigen, reicht hierfür nicht aus.

10                    2. Weitere Zulassungsgründe hat der Kläger weder behauptet noch vorgebracht.

III.

11                    Die Kostenentscheidung beruht auf § 112c Abs. 1 Satz 1 BRAO, § 154 Abs. 2 VwGO, die Streitwertfestsetzung auf § 194 Abs. 2 Satz 1 BRAO.

Kayser

Lohmann

Bellay

Kau

Lauer

Vorinstanzen:

AGH Hamm, Entscheidung vom 30.06.2017 - 1 AGH 79/16 -